

Debatte über China

Von Mao zum Markt

Folgender Lesebrief von A. Worniwude uns zu dem Artikel "50 Jahre: Chinesische Revolution" (VORAN, Nr. 209) zugesandt:

Werte Genossinnen,

In dem Artikel über die chinesische Revolution hebt ihr die großen wirtschaftlichen Erfolge unter Mao hervor. In der in Hongkong erscheinenden "October Review" wird hingegen darauf hingewiesen, dass offiziellen Statistiken zufolge Chinas BIP von 67, 9 Milliarden Yuan 1952 auf 7.955, 3 Milliarden Yuan 1992 wuchs, dass das Wachstum zwischen 1952 und 1978 aber nur vervierfacht worden sei, bis 1987 noch einmal verdoppelt und dann in den folgenden 11 Jahren mehr als versechsfacht worden sei. Die Erfolge scheinen also eher auf die "freie Marktwirtschaft" zurück zu führen zu sein, die inzwischen natürlich auch ihre Schwächen offenbart hat. Mein Eindruck ist, dass ihr im völligen Gegensatz zum theoretischen Erbe Troztkis einen stalinistischen also konterrevolutionären Regime, das überdes nicht aus einer proletarischen Revolution hervorgegangen ist und deswegen keinerlei Entwicklungstendenzen in Richtung Sozialismus in sich bergen konnte, zuviel Kredit gebt.

Da die im Lesebrief aufgeworfenen Fragen von großer Bedeutung sind, würden wir diesem Thema einen ausführlichen Artikel.

Das Institut der deutschen Wirtschaft Köln spricht von Wachstumsraten in China, die im Jahreschnitt 1990-1997 bei 10, 3 Prozent lagen und in den letzten Jahren auf 1998 8,8% und 1999 7,8% zurückgegangen sind. Die offiziellen Zahlen müssen jedoch mit Vorsicht genossen werden. Das "Asian Wall Street Journal" wart von Fälschungen und meint, dass seitden von Peking ein Wachstum von 8% „verlangt“ wird, es keine Provinz mehr wagt, niedrigere Zahlen zu vermelden.

Die Neue Züricher Zeitung betrachtet Chinas wirtschaftliche Situation mit Skepsis: „Selbst das Statistische Zentralamt gibt heute zu, dass die von den Provinzbüros geleiteten Daten grotesk übertrieben waren und dass man sich auf ein offizielles Wachstum von 7,1% „einigte“. Selbst dies ist wahrscheinlich stark übertrieben. Verlässliche, aber seltener publizierte Indikatoren wie die Fixed-Asset-Investitionen, die um die Hälfte zurückgingen, oder die Lagerbestände im Warenmarkt sprechen eine andere Sprache: Rawski (China-Spezialist und Professor) glaubt daher, dass auch 1999 das reale Wachstum unter 5% lag. Dieses Resultat wäre für eine Industrialisation erfreulich, scheint aber für ein Entwicklungsland wie China, das von einer weit niedrigeren Basis ausgeht, bedenklich, vor allem, wenn man bedenkt, dass etwa die Hälfte des Wachstums von staatlichen Infrastrukturprogrammen kommt, die größtenteils als Marktform einzustufen sind.“ (NZZ, 02.06.2000)

Bürokratische Planwirtschaft

Mao's Kämpfe

„rwürigen Wirtschaft

Die Kämpfe um Macherhaltung innerhalb der chinesischen Bürokratenclique machten Fortschritte der Planwirtschaft immer wieder zunichte. Unter Mao's „Großer Sprung vorwärts“ (1958-1960), sollten alle Chinesinnen blindlings Stahl produzieren, egal wie und zu welcher Qualität. Die fehlenden Arbeitskräfte in der Landwirtschaft führten zu Hungersnöten mit 40 Millionen Todesopfern (nach heutigen Angaben der KPCh). 1962 war der Stand der Produktion in der Schwerindustrie auf den Stand 1957 zurückgefallen. Die „große Kulturrevolution“ in den späten 60ern, die vorrangig zur Festigung der Machtposition Maos diente, brachte lokale und überregionale Wirtschafts- und Regierungsregimen zum Erliegen und führte zu

Die wirtschaftliche Lage Chinas ist jedenfalls alles andere als einheitlich, gesund und stabil zu bezeichnen. Während in den alten Industriestädten Fabrikschließungen und Massenentlassungen auf der Tagesordnung stehen, gibt es Sonderwirtschaftszonen (SWZ), in denen das Wirtschaftswachstum drei- oder viermal so hoch liegt wie im Landesdurchschnitt. Dort herrschen paradisische Steuerverhältnisse für internationale Unternehmen. Für Arbeitnehmer wurden moderne Sklavensverhältnisse eingeführt. Die wirtschaftliche Klart ist so groß, dass zum Beispiel die Stadt Shenzhen, die zu den ersten SWZ gehörte, mit einem 4 Meter hohen Metallzaun vom übrigen chinesischen Staatsgebiet abgetrennt ist.

Viel Staat in Chinas Marktwirtschaft

Die Wirtschaftszahlen sind unsicher. Sicher in China sind jedoch wachsende Armut, Massenarbeitslosigkeit und steigende Ungleichheit. Von Erfolgen der „freien Marktwirtschaft“ ist auch deswegen schwer zu sprechen, da die chinesische Marktwirtschaft so frei und neoliberal gar nicht ist. Gewisse Erfolge sind gerade darauf zurück zu führen, dass es hier immer noch einen sehr hohen staatlichen Anteil an der Gesamtwirtschaft gibt und darauf, dass China kein klassisch kapitalistisches Land ist.

Die chinesische KP-Regierung ist Anfang der 90er Jahre beim Anblick des Zusammenbruchs der Ex-UDSSR bezüglich des marktwirtschaftlichen Kurses in die Bremsen gestiegen. Häften die „freien Kräfte des Marktes“ sofort vollkommen freies Spiel bekommen, hätten die Verwüstungen größere Ausmaße als in der UdSSR annehmen können. Dort hat die Restauration der Marktwirtschaft zu einem totalen Zusammenbruch der Wirtschaft geführt. 10 Jahre nach der Öffnung ist keine Erholung in Sicht.

Die chinesische KP-Regierung schreckt heute noch aus Angst vor sozialen Unruhen vor selbstgesteckten Privatisierungs-Zielen zurück. Täglich gibt es Protestmärsche, Streiks und Fabrikbesetzungen von Arbeitslosen. Bis heute konnte durch brutale Unterdrückungsmethoden der Aufbau von national vernetzten, demokratischen Organisationen verhindert werden. Die Angst vor breit organisiertem Widerstand lässt die Herrschenden jedoch zaudern.

Der Staat subventioniert die Produktion von Kohle-, Erdgas-, Kunststoffe- und der Getreideverarbeitungsinidustrie. Die enorm hohen Staatsausgaben ließen das Haushaltsdefizit 1999 um 56% auf rund 17 Milliarden US-Dollar steigen. Aus privatisierungsschafflicher Sicht hätten bis zu 34 Millionen Arbeitskräfte im Staatssektor längst entlassen werden müssen. Mit dem Eintritt in die WHO (Welthandelsorganisation) wird der radikale Umbau der Wirtschaft nun forciert. Die Liberalisierung der Telekommunikation, der Finanzmärkte und des Agrarmarkts wird vorangetrieben. Die Zölle auf importierte Agrarprodukte werden drastisch herabgesetzt, sämtliche Export-Subventionen werden gestrichen. Dies wird die Lebensbedingungen der chinesischen Massen rapide verschlechtern. Ein wirtschaftlicher Zusammenbruch ähnlich wie in Indonesien ist nicht auszuschließen.

Keine Sekunde Sozialismus in China

Selbstverständlich handelte es sich in China nach 1949 nicht um ein sozialistisches Land oder um eines, welches sich in Richtung Sozialismus entwickelte. Der Artikel in der VORAN Nr. 209 erklärt deutlich: „Das System in China war in keiner Sekunde sozialistisch. Es gab keine Arbeiterdemokratie, keine demokratische Kontrolle, keinen Internationalismus. Die Verstaatlichungen wurden von oben herab, mit bürokratischen Mitteln vollzogen. Die Arbeiterklasse hatte keinen Anteil an diesem Prozess. Mao installierte nach 1949 einen bürokratischen Staat mit zentralisierter Kommandowirtschaft. Er fing dort an, wo Stalin aufgehört hatte. Dennoch wurden zunächst auf Grundlage der Planwirtschaft enorme wirtschaftliche Erfolge erzielt.“

In den stalinistischen Staaten herrschte eine Bürokratie, die über der Bevölkerung

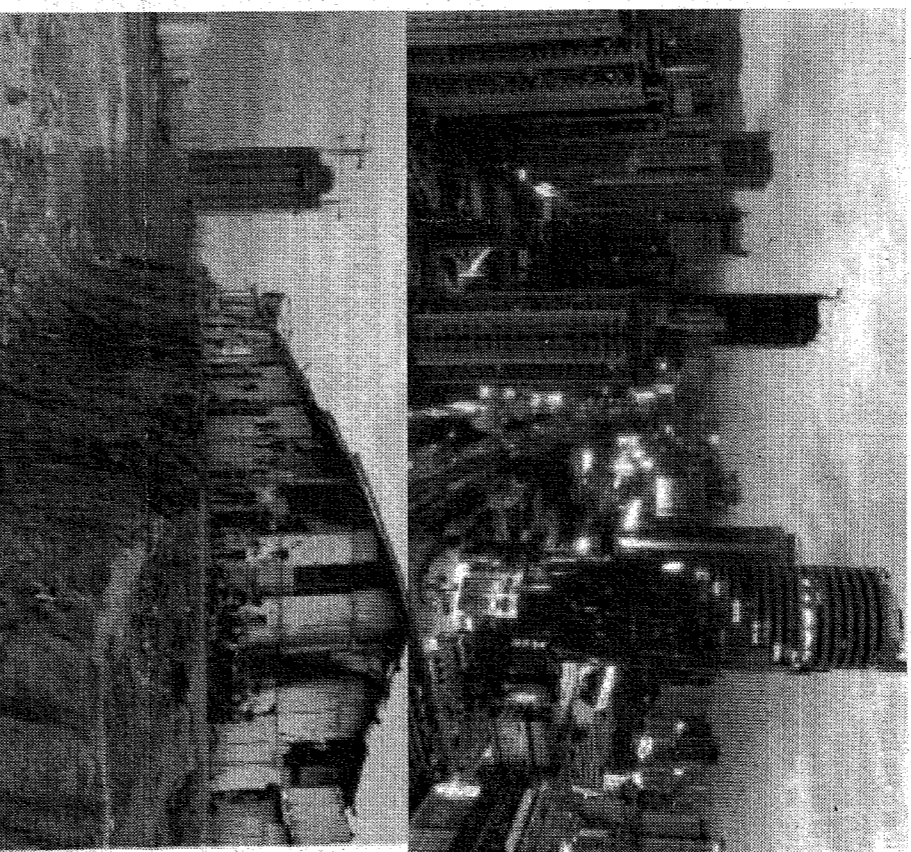
teren stalinistischen Staaten zum Vorbild diente, bestand darin, die undemokratischen Herrschaftsmethoden bis aufs äußerste zu bekämpfen, gleichzeitig aber die wirtschaftlichen Erfolge gegenüber der kapitalistischen Marktwirtschaft zu verteidigen und aufzuzeigen, was bei einer demokratischen, von Arbeiterräten geführten Planwirtschaft möglich wäre.

Planung contra Anarchie

Marktwirtschaft bedeutet auf wirtschaftlichem Gebiet Anarchie und Chaos. Profite zählen mehr als gesellschaftliche Fortschritte und verhindern diese. Produkte werden auf den Markt geworfen, in der Hoffnung, diese zu verkaufen. Umwelt- und soziale Auflagen werden im großen

Marktwirtschaft hat der Menschheit nichts zu bieten

Für die Mehrheit der Chinesinnen bedeuten die Veränderungen der letzten 20 Jahre, vom Fegefeuer in die Hölle gekommen zu sein. Die massive Zerstörung von Arbeitsplätzen heißt für Millionen den Verlust von sozialer Absicherung, von Wohnungen, Gesundheitsversorgung und Altersversorgung. Das Recht auf Bildung besteht theoretisch, ist aber praktisch vom Geldbeutel der Eltern abhängig. Die Analphabetenquote, die zwischenzeitlich auf 5% gesenkt werden konnte, liegt heute bei 16-20 Prozent. Kinderarbeit und Prostitution ist weit verbreitet. Auf dem Lande wird das Überleben immer schwieriger, die Menschen flüchten in Scharen in die Städte. Ausländische und private Firmen bieten keinerlei Sozialleistungen, geschweige denn demokratische Rechte, dafür aber vorkapitalistische Arbeitsbedingungen und Löhne oft unter zwanzig Dollar im Monat. Die alten Bürokraten sind zu Mannern und Privatunternehmern mutiert, die um sich greifende Korruption ist nicht zu stoppen. Die Luft- und Wasserverschmutzung nimmt bedrohliche



Zweimal Shenzhen: Oben Skyline, unten Behausung von Wanderarbeitern

Soll missachtet. Der Kampf um Rohstoffe und Märkte endet in Krieg. Marktwirtschaft heißt Reichtum und Macht für einige wenige, Verwüstung und Zerstörung für die Mehrheit der Menschen und für die Natur. Innerhalb eines kapitalistischen Mutit-Konzerns wird die Planung (selbst über Ländergrenzen hinweg) als selbstverständlich angesehen, außerhalb des Betriebes soll dann unsinnigerweise der Markt entscheiden. Auch die kapitalistische Kriegs-Planwirtschaft im ersten und zweiten Weltkrieg hat in kürzester Zeit die für die Kriegsproduktion gesteckten Ziele erreicht. Aufgrund der Überlegenheit einer geplanten Wirtschaft können, selbst mit einer konterrevolutionären, vollkommen unfähigen Bürokratie an der Spitze, höhere Wirtschaftserfolge als in der Marktwirtschaft nicht aus, dass die Bürokratie zur absoluten Bremse der Produktion werden kann oder durch Misswirtschaft, Diktatur und Repression die erreichten Erfolge zunichte machen kann. (siehe Kasten: Machtkämpfe)

Genau dies war der Fall in den ehemaligen Ostblockstaaten, dies führte zum Niedergang der Produktion und zum Sturz der Bürokratie Ende der 80er Jahre. In China wurden schon von 1978 an weitgehende marktwirtschaftliche Reformen eingeführt. Im Gegensatz zur Marktwirtschaft in Indien, welches 1949 ein vergleichbares Niveau hatte, hat die zentralisierte, verstaatlichte Planwirtschaft in China die Industrie nach 1949 jedoch zunächst ausbauen und um große Schritte nach vorne bringen können. Trotz der katastrophalen Misswirtschaft der Bürokratie hat der Stalinismus für die breite Masse der Bevölkerung eine Hebung der kulturellen und ökonomischen Verhältnisse bedeutet. In Indien hat sich der Lebensstandard in den ersten 20 Jahren um 20% verringert, während er sich in China um 130% erhöht hatte, die chinesische Lebenserwartung war 1980 mit 60-75 Jahren doppelt so hoch wie die in Indien. In

Ausmaße an, Seuchen und Krankheiten aus der Zeit vor 1949 treten wieder auf.

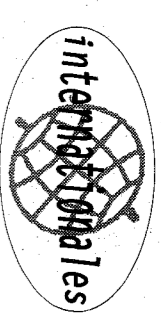
Maos Stalinismus bot sichtlich eine der schlimmsten Karrikaturen des „Sozialismus“. Der realexistierende Kapitalismus beweist jedoch, dass er für die Bevölkerung noch mehr Horror bedeutet.

Kim Ogenoorth

Zahlen und Quellenangaben, die nicht näher ausgeführt sind, stammen von der Bundeszentrale für politische Bildung und dem "Aktuell 2000" bzw. der betreffenden Jahrgänge

Marktwirtschaft: Desaster für Frauen in China

Frauen sind die ersten Opfer der Massentermassungen. Seit der Einführung des Schulgeldes bekommen viele Mädchen auf dem Lande gar keine Ausbildung mehr. Frauen sind wieder zur Ware geworden. Prostitution und Frauenhandel florieren. „Auch wenn es nicht perfekt war, gab es im Sozialismus zumindest eine berufliche Gleichberechtigung.“ klagt die Journalistin Dai Qiuming. Nach 1949 wurden von den Kommunisten frauenfeindliche Traditionen, wie das Abbinden und Brechen der Füße, verboten. Chinesinnen durften zum ersten Mal in der Geschichte ihren Ehemann selbst auswählen und Universitäten besuchen. Heute können viele die Zustände nicht mehr ertragen. jeden Tag nehmen sich 500 Frauen das Leben. Dies ist die höchste Rate von Selbstmorden in weltweit, mehr als jeder zweite weibliche Selbstmord (56%) passiert in China.



Rückzug

Nach 22 Jahren militärischer Besatzung haben die Israelischen Verteidigungskräfte (Israeli Defence Forces, IDF) endgültig den Libanon verlassen. Während der Besetzung wurden zehntausende libanesische Zivilisten getötet und hunderttausende zu Flüchtlingen. Eine der eifrigsten und bestbewaffneten Streikkräfte der Welt – die IDF – wurde von einer islamischen Freiwilligen-Guerilla von etwa 5.000 Mann besiegt.

Die Unterstützung für die Hizbollah wuchs, weil viele Libanesen sie als die einzigen Leute ansahen, die gegen die verhassten Besatzungskräfte Widerstand leisteten. Als Folge dieser Unterstützung konnte Hizbollah hitzige Überfälle organisieren. Die IDF-Besatzung wurde in Israel auch zunehmend unpopulär. Viele Israelis aus der Arbeiterklasse sahen es als blutigen Morast für Wehrpflichtige, der Israels nördliche Städte Hizbollah-Angriffen aussetzte.

Die israelische Regierung wollte einen geordneten Rückzug im Rahmen von Friedensverhandlungen mit Syrien, doch am Ende mussten die IDF innerhalb von 48 Stunden abtücken und regelrecht die Flucht ergreifen. Die arabischen Massen, vor allem in den von Israel besetzten Gebieten, feierten diesen Rückzug als großen Sieg und fühlen sich ermutigt, für einen eigenen Staat zu kämpfen. Allerdings wird das religiös-revolutionäre Regime die sozialen Probleme der Massen im Libanon nicht lösen.

Lehrerstreik

Seit Februar sind 27.000 Lehrerinnen in der Westbank im Streik und fordern die Umsetzung des Dienstleistungsgesetzes und demokratische Wahlen zur Lehrerinnengewerkschaft. Das von Arafat 1998 gebilligte Dienstleistungsgesetz erhöhe die Lehrergehälter auf 2.000 NIS im Monat. Es wurde in Gaza umgesetzt, aber nicht in der Westbank. Tatsächlich erhielten palästinensische LehrerInnen dort dieses Gehalt nur für einen Monat und wurden danach wieder auf den ursprünglichen Hungerlohn (350\$) gesenkt. Die Palästinenserbekände gab die Finanzlage als Einschränkung an.

Der Streik wird gegenwärtig ausgesetzt, wegen der kürzlichen Erhebung der PalästinenserInnen gegen die israelische Armee, bei der es sechs Tote und 1.000 Verletzte gab. Im Februar demonstrierten Tausende SchülerInnen gegen die Entlassung streikender LehrerInnen. Wenn auf die Forderungen nicht eingegangen wird, soll der Streik am Beginn des neuen Schuljahrs im September wieder aufgenommen werden. Zwei der Streikführerinnen, Omar Sharouf und Omar Assaf, wurden während dem Streik verhaftet und werden immer noch grundlos festgehalten.

Generalstreik

Am 10. Mai streikten mehr als vier Millionen Arbeiter in Südafrika. Nach sechs Jahren der „Demonstrate“ in Südafrika verlor die Hälfte der Bevölkerung heute weniger als zu Zeiten der Apartheid. Die Hälfte aller Schulen bekommen keinen Strom, hunderttausende Obdachlose wohnen in Zeltlagern. Statt der versprochenen 30 Prozent Landesverteilung hat die Regierung nur 2 verteilt. 300.000 Arbeitsplätze im Bergbau und 170.000 im öffentlichen Dienst wurden abgebaut. Noch ist der Gewerkschaftsverband COSATU mit dem ANC, der Regierungspartei, in einer Allianz. Die Gewerkschaftsführer haben lange versucht, ihre Mitglieder ruhig zu stellen, aber die Provokationen der

Redaktion: Gordon, Alia, Arthur hat